

Im Zeichen der Unternehmenssteuern



Stefan Degen

Werte Leserinnen und Leser

An diesem Wochenende stimmen wir über die STAF auf Bundesebene ab. Diese Vorlage, welche die zukünftige Besteuerung der juristischen Personen auf Bundesebene regeln soll, muss im Anschluss auch auf Kantonsebene umgesetzt werden. Dies wollen wir im Kanton Basel-Landschaft mit der Vorlage zur SV17, der Steuervorlage 17, anpacken. Am vergangenen Donnerstag wurde diese in erster Lesung beraten. Die Finanzkommission, der auch ich selbst angehöre, hat im Gegensatz zur Regierung dem Landrat vorgeschlagen, dass statt einer Erhöhung der Familienzulagen, der Sozialausgleich über eine

deutliche Erhöhung der Prämienverbilligungen sowie einer höheren Abzugsmöglichkeit für Kinderfremdbetreuung erfolgen soll. Diese beiden Massnahmen erachten wir als zielgerichteter und bedarfsgerechter. Die nun vorliegende Vorlage inkl. der Änderungen wird von weiten Teilen des Parlaments, namentlich von FDP, SVP, CVP und teilweise auch von den Grünen sowie den kleinen Splitterparteien mitgetragen. Einzig die SP bekämpfte im Landrat fast jeden Paragraphen des neuen Gesetzesentwurfs. So verlief die ganze Diskussion auch mehr entlang der Prinzipien- grenze der SP als entlang der eigentlichen Problematik. Die Exponenten der SP zeigten in ihren Voten, dass sie davon ausgehen, dass die Gewinne und die Steuerpflichtigen auf alle Zeit so bleiben und die Unternehmen einfach tüchtig gemolken werden müssen. Die

Regierung und eine Mehrheit der Landräte waren sich jedoch der Dynamik einer Steuerreform dieses Ausmasses bewusst und wiesen immer wieder daraufhin, dass diese Reform zu Verschiebungen führen wird und wir uns nun richtig positionieren müssen. Mit der Reform wollen wir dem KMU-Umfeld des Baselbiets Rechnung tragen und im besten Fall eine Erhöhung des Anteils der Unternehmenssteuern, welcher heute bei bloss zehn Prozent liegt, auf ein vernünftiges Mass erreichen. Dieses Wochenende auf Bundesebene und am heutigen Tag im Landrat bei der zweiten Lesung ist es enorm wichtig, dass wir mit Annahme dieser Vorlagen wieder für Rechtssicherheit und Stabilität sorgen.

STEFAN DEGEN,
LANDRAT FDP,
GELTERKINDEN